



VSA:

Stefan Stache/Wolf von Matzenau (Hrsg.)

Was heißt **Erneuerung** **der Linken?**

Sozial-ökologischer Umbau
und ein **Sozialstaat für**
das 21. Jahrhundert

In Kooperation mit

spw

Stefan Stache/Wolf von Matzenau (Hrsg.)
Was heißt Erneuerung der Linken?

- Dr. Joachim Bischoff*, Ökonom und Publizist, Mitherausgeber des Publikationsprojektes Sozialismus.de.
- Sebastian Bödeker*, Gewerkschaftssekretär im Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beim Vorstand der IG Metall.
- Dr. Arno Brandt*, Regionalökonom, lebt in Lüneburg.
- Kai Burmeister*, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Baden-Württemberg, ehrenamtliches Reaktionsmitglied der spw.
- Christoph Ehlscheid*, Bereichsleiter Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall.
- Dr. Katharina Gapp-Schmeling*, Gastdozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR), leitet dort das Institut für Nachhaltigkeit.
- Dr. Dierk Hirschel*, Bereichsleiter für Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales der Gewerkschaft ver.di.
- Dr. Stefanie Hürtgen*, Assistenzprofessorin im Bereich Wirtschaftsgeographie der Universität Salzburg, assoziiertes Mitglied des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Mitglied der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung und im wissenschaftlichen Beirat der Rosa Luxemburg Stiftung.
- Stefanie Janczyk*, Ressortleiterin Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beim Vorstand der IG Metall.
- Dr. Uwe Kremer*, Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.
- Wolf von Matzenau*, Autor bei Sozialismus.de und Mitglied bei DL21.
- Bernhard Müller*, Sozialwissenschaftler und Redakteur des Publikationsprojektes Sozialismus.de.
- Dr. Max Reinhardt*, Redaktionsmitglied der spw, Autor zahlreicher Publikationen zu SPD-Strömungen und ihren Repräsentant*innen.
- Dr. Joachim Rock*, Abteilungsleiter für Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.
- Dr. Holger Rogall*, Professor für Nachhaltige Ökonomie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) a.D. 2006 wurde er mit dem Deutschen Solarpreis geehrt. Davor war er vier Legislaturperioden Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie Fachbereichsleiter im Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung.
- Stefan Stache*, Chefredakteur der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw). Er veröffentlicht u.a. zu gesellschaftspolitischen Lagern und Milieus und der Repräsentation solidarischer Einstellungen und solidarischer Praxis durch die SPD.
- Dr. Michael Vester*, Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover, forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen.
- Dr. Gabriele Winker*, Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU Hamburg, aktiv im Netzwerk Care Revolution.

Stefan Stache/Wolf von Matzenau (Hrsg.)

Was heißt Erneuerung der Linken?

Sozial-ökologischer Umbau

und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert

VSA: Verlag Hamburg
in Kooperation mit spw

www.vsa-verlag.de

www.spw.de

© VSA: Verlag 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: ©momius – stock.adobe.com

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96488-026-0

Inhalt

Joachim Bischoff/Stefan Stache Jenseits der »schöpferischen Zerstörung«	7
Eine neue Ökonomie für eine neue Linke	
Dierk Hirschel Ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert	24
Kai Burmeister Klimaschutz, Umbau der Industrie und gute Arbeit im Spannungsfeld	34
Joachim Rock Gemeinnutz statt Eigennutz: Wirtschaften für alle, nicht für die wenigen	47
Gabriele Winker Care-Ökonomie ins Zentrum einer solidarischen Sozialpolitik stellen	62
Sebastian Bödeker/Christoph Ehlscheid/Stefanie Janczyk Perspektiven der sozialstaatlichen Erneuerung	73
Leitlinien einer solidarischen Modernisierungsstrategie	
Stefanie Hürtgen Arbeit, Subjekt, solidarische Gesellschaft	94
Arbeiter*innen als alltagspolitische Akteure	
Max Reinhardt SPD-Flügelrepräsentation der Wohlfahrtsstaatspfade, Gewerkschaften und sozialen Milieus	106
Wolf von Matzenau Ein öffentliches Investitionsprogramm für eine klimaneutrale und soziale Zukunft	116
Holger Rogall/Katharina Gapp-Schmeling Selektives Wachstum	130

Joachim Bischoff/Bernhard Müller	
Nachhaltigkeitsrevolution und der Green New Deal	143
Michael Vester	
Vor einem Kurswechsel?	161
Der Kampf um die Transformation des deutschen Pfades	
Arno Brandt/Uwe Kremer	
Demokratische Vergesellschaftung	181
Revisionen und Hypothesen für einen modernen Sozialismus	

Joachim Bischoff/Stefan Stache

Jenseits der »schöpferischen Zerstörung«

Eine neue Ökonomie für eine neue Linke¹

Der vorliegende Band versammelt kritische Analysen und Ansätze sozial-ökologischer Wohlfahrtsstaatspolitik und selektiven Wachstums. Sie ordnen sich ein in die aktuellen Debatten um die strategischen Grundlagen und Herausforderungen linker Politikansätze. Wir verstehen sie als Beitrag zum Crossover linker Parteiströmungen und sozial-ökologischer Bewegungen, Gewerkschaften und kritischer Wissenschaft.

Als sich nach einer längeren Phase des Konjunkturaufschwungs und der Haushaltsüberschüsse eine konjunkturelle Schwäche abzeichnete, rief der Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Januar 2019 das Ende der angeblich »fetten Jahre« aus. Es geht allerdings nicht um einen konjunkturell bedingten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandsprodukt – BIP), sondern vielmehr um eine ausgeprägte Wachstumsschwäche. Wir blicken global, in der EU und auch in Deutschland auf ein enttäuschendes Jahrzehnt seit der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 zurück. Überall blieb das Wachstum deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Ein Vergleich des »Trendwachstums« – also der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Leistung, wenn alles so weitergegangen wäre wie vor der Krise – mit der tatsächlichen Entwicklung zeigt einen einschneidenden Wohlstandsverlust. In der Eurozone beläuft sich der Verlust nach Schätzungen auf 3,5 Bio. Euro – das ist der sogenannte Output-Gap. In Deutschland liegt demnach das BIP um rund 700 Mrd. Euro unter dem Niveau, das sich beim Fortschreiben des Vorkrisentrends ergeben hätte.

Diese Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik geht auf eine strukturelle Investitionsschwäche zurück. Sowohl der Staat als auch die Unternehmen zögern bei neuen Investitionen, sodass sowohl wachsende Verfallserscheinungen in der öffentlichen Infrastruktur als auch eine Überalterung des privatkapitalistischen Kapitalstocks sichtbar werden. Das Zusammenfallen des fälligen Übergangs in einen neuen Wirtschaftszyklus mit den Funktionsstörungen der kapitalistischen Produktionsweise führt zu Forderungen nach einer grundlegenden Erneuerung. Diese Problemkonstellation – einerseits Übergang in einen neuen Akkumulationszyklus, andererseits tendenzi-

¹ Der Abschnitt »Öffnung des politischen Feldes?« ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung von Stache/Reinhardt (2019); die nachfolgenden drei Abschnitte stammen – ebenfalls überarbeitet und erweitert – aus den Einleitungen zu den Schwerpunkten der Hefte 222, 232 und 235 von spw.

elle Investitions- und Akkumulationsschwäche – wird verschärft durch die Disruption bei den gesellschaftlichen Produktivkräften (fossile Energie, Digitalisierung) sowie die Zerstörung des Stoffwechsels zwischen Natur und kapitalistischen Gesellschaften (Klimawandel), beides kann nur durch eine massive Investitionsoffensive überwunden werden.

Die bürgerliche Gesellschaft hat – so die Grundthese der Kritik der politischen Ökonomie – die historische Funktion, die gesellschaftliche Arbeit in Verbindung mit der Verwissenschaftlichung zu entwickeln und auf diese Weise die Produktivkräfte beständig zu entfesseln. Dieser Vorgang ist keine punktuelle Umwälzung, sondern ein Prozess, der sich durch die ganze kapitalistische Epoche hindurchzieht. Zugleich ist diese Entfaltung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit kein Fortschrittsautomatismus, sondern, wie schon Karl Polanyi nachwies, auch einer großen Transformation ausgesetzt. Dieses komplexe Problem umreißt der Chefkomentator der »Financial Times«, Martin Wolf, wie folgt: »Wir brauchen eine dynamische kapitalistische Wirtschaft, die jedem den berechtigten Glauben gibt, an den Vorteilen teilhaben zu können. Stattdessen scheinen wir zunehmend einen instabilen Rentierkapitalismus, einen geschwächten Wettbewerb, ein schwaches Produktivitätswachstum, eine hohe Ungleichheit und nicht zufällig eine zunehmend deformierte Demokratie zu haben. Dies zu beheben, ist eine Herausforderung für uns alle, insbesondere aber für diejenigen, die die wichtigsten Geschäfte der Welt führen. Die Funktionsweise unserer wirtschaftlichen und politischen Systeme muss sich ändern, sonst gehen sie zugrunde.« (Wolf 2019)

Dieses Strukturdefizit oder der gesellschaftliche Wohlstandsverlust zeigt sich vor allem im Niedergang oder Verfall der öffentlichen Infrastruktur oder des öffentlichen Kapitalstocks: Gemeint sind die Netze der physischen und sozialen Infrastruktur, die moderne Gesellschaften zusammenschließen und ihre Mitglieder produktiv machen. Zu den ersteren zählen die fest installierten Leitungs- und Schienensysteme, die uns mit Wasser, Strom, Heizung und Transportleistungen versorgen; zu den letzteren kollektiv institutionalisierte Leistungsbeziehungen, die Gesundheit, Bildung, Pflege und soziale Sicherheit liefern. Neu sind weder die Personalknappheit, Versorgungslücken oder die Auswirkungen der Privatisierung oder Renditeorientierung öffentlicher Daseinsvorsorge noch die Debatten um deren soziale, ökonomische und ökologische Folgen. Neu ist zweifellos die Krisendramatik, die auf die nicht beherrschten Folgen einer fossilen Ökonomie zurückgeht.

Der Klimawandel ist die beispiellose Herausforderung für die Steuerung des globalen wie des nationalen kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems. Unsere derzeitigen Produktions- und Verbrauchsmuster verursachen Emissionen von Treibhausgasen (THGs), insbesondere von Kohlendioxid

(CO₂): Ihre akkumulierte Konzentration in der Atmosphäre über kritischen Schwellenwerten wird zunehmend als außerhalb der Absorptions- und Recyclingfähigkeiten unseres Ökosystems liegend anerkannt. Der anhaltende Temperaturanstieg hat bereits weltweit Auswirkungen auf Ökosysteme und sozioökonomische Systeme (siehe IPCC 2018). Die Klimawissenschaft zeigt jedoch, dass die schlimmsten Auswirkungen noch zu erwarten sind. Dazu gehören der Anstieg des Meeresspiegels, zunehmende Wetterextreme, Dürren und Überschwemmungen sowie Bodenerosion. Zu den damit verbundenen Auswirkungen könnten ein massives Aussterben wild lebender Tiere sowie ein starker Anstieg der menschlichen Migration, Konflikte, Armut und Ungleichheit gehören.

Wissenschaftler*innen empfehlen heute, die Treibhausgasemissionen ab sofort zu reduzieren (Lenton u.a. 2019; Ripple u.a. 2019). In dieser Hinsicht war die Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2015 und das daraus resultierende Pariser Übereinkommen (Paris Climate Change Conference, November 2015) von 196 Ländern zur weltweiten Reduzierung der Treibhausgasemissionen ein wichtiger politischer Erfolg. Im Rahmen des Pariser Übereinkommens verpflichteten sich die Unterzeichner, die Treibhausgasemissionen »so schnell wie möglich« zu reduzieren und ihr Bestes zu geben, um die globale Erwärmung auf »deutlich unter 2 Grad Celsius« zu begrenzen. Dennoch sind die Emissionen seitdem weiter gestiegen und nichts deutet darauf hin, dass sich dieser Trend umkehrt. Die Umstellung unserer Produktions- und Konsummuster sowie unseres Lebensstils auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft ist eine große gesellschaftliche Herausforderung.

Viele Ökonom*innen sehen in einem weltweit einheitlichen und steigenden CO₂-Preis die ökonomisch beste Variante zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Andererseits befürchten Kritiker*innen, dass dies nicht genügen wird. Daher verallgemeinert sich die Schlussfolgerung: Allein mit marktwirtschaftlicher Steuerung und ohne eine stärkere staatliche Intervention wird es keine Lösung für den überfälligen Prozess zu einer nachhaltigen Ökonomie geben. Die Nationalstaaten und die EU sollten durch mehr Investitionen in die Infrastruktur den Umstieg auf alternative Technologien fördern.

Der aktuellen Klima- und Umweltkrise vorausgegangen war die Dominanz neoliberaler Konzeptionen, die darauf abzielten, den Großteil der gesellschaftlich-kommunalen öffentlichen Infrastruktur in die kapitalistische Profitwirtschaft einzugemeinden. Diese Eingliederung des öffentlichen Sektors in den Kapitalismus kann als Variante jener kapitalistischen Selbstzerstörung gelten, die Karl Polanyi als »Entbettung« beschrieben hat – als Versuch, Ressourcen zu vermarkten, die durch Vermarktung zerstört oder aufgezehrt werden. Neoliberale Ökonomen und Politiker wollten alle Sek-

toren des öffentlichen Kapitalstocks der Kapitalverwertungsökonomie unterwerfen, weil sie hier angeblich effizienter und ressourcensparender für die Gesellschaften bereitgestellt werden könnten. Für den wachstums- und renditehungrigen Kapitalismus der Gegenwart erschien der Kosmos der öffentlichen Infrastruktur als riesiges unerschlossenes Anlagefeld, als Reservoir ungenutzter Verwertungschancen, als aufreizende Gelegenheit oder Futter für die abgeschwächte Kapitaldynamik mit dem Ziel der Umwandlung von Gemein- zu Privateigentum und von gemeinnütziger Verschwendung in Profitzentren. Wasserleitungen und Sozialwohnungen, Straßen und Pflegeheime, Krankenversorgung und Rentenversicherung, Schienenverkehr und öffentliche Verwaltung warteten angeblich darauf, endlich durchkapitalisiert – »privatisiert« – und auf die Höhe einer profitsuchenden Zeit gebracht zu werden. Der an »säkularer Stagnation« leidende Kapitalismus sollte auf diese Weise revitalisiert werden.

Das Scheitern dieser neoliberalen Offensive ist die Basis für massive Kritik aus der Zivilgesellschaft. Forderungen nach einer Rücknahme des Ausverkaufs der öffentlichen Infrastruktur – der Verkehrsnetze, der Wasserwirtschaft, der Alterssicherung, der Gesundheitsversorgung, der Bildung und anderer Bereiche mehr – kommen heute aus allen Ecken und Enden der Gesellschaft und sind längst nicht mehr auf die altsozialdemokratische Restgeneration beschränkt.

Die Krisenkonstellation aus Alltagserfahrung und ihrer medialen Aufmerksamkeit, Konjunkturschwäche, das Verbot der Neuverschuldung für die Bundesländer ab dem Jahr 2020 und anwachsende soziale und ökologische Proteste haben den politischen Druck erhöht. Zwar legen die Investitionen des Bundes wieder zu, ihr Niveau reicht jedoch bei Weitem nicht aus, um die über ein Jahrzehnt hinweg entstandenen Bedarfe zu decken. Darüber hinaus verfügen viele Kommunen nicht mehr über die notwendigen Planungskapazitäten, um die Mittel für Investitionen abzurufen.

Inzwischen verweisen auch Akteure aus neoliberalen Diskurswelten wie dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) auf die Investitionsschwäche und stellen die Schuldenbremse in Teilen zur Disposition. Im November 2019 forderte das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) gemeinsam mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) ein Investitionsprogramm von 450 Mrd. Euro über zehn Jahre, dem sich der DGB und der BDI anschlossen. Jene Diskursverschiebung verweist, allerdings mit deutlichen Abstufungen, auf zunehmende Zweifel an der neoliberalen Austeritätspolitik selbst im Lager bisheriger Verfechter. Angesichts der Konjunkturschwäche und klimapolitischer Vorgaben drängen auch Wirtschaftsverbände auf mehr öffentliche Investitionen.

Gleichwohl beruht das korporatistische Engagement der Arbeitgeberverbände auch darauf, eigene Versäumnisse bei den Investitionen durch den Staat ausgleichen zu lassen. Wegen der Infrastrukturlücke und der trotz des langen Aufschwungs bestehenden oder wachsenden Ungleichheiten hat eine verschärfte Debatte um wohlfahrtsstaatliche Leistungen und die soziale und ökonomische Rolle des Staates eingesetzt. Im Zuge der Entstaatlichungspolitik (vgl. Bofinger 2008) der 2000er Jahre, aber auch darüber hinaus unterschätzten und vernachlässigten die tonangebenden politischen Akteur*innen neben der sozialen auch die ökonomische Bedeutung des Sozialstaates und wiesen langfristige ökologische Regulierung und Modernisierung zurück.

Wir sehen nunmehr in allen kapitalistischen Hauptländern eine Formierung von Protesten aus den Zivilgesellschaften mit dem Ziel, neben der grundlegenden Erneuerung und Eigenständigkeit öffentlicher, gemeinnütziger Sektoren auch zu einer nachhaltigen, möglichst von fossilen Belastungen freien Wirtschaft zu kommen, also einen »Green New Deal« anzustreben. Hier geht es nicht nur um Maßnahmen zur Verhinderung, sondern längst schon um solche zur Bewältigung der Folgen unter anderem der Erderwärmung. Eine für menschliches Leben zuträgliche natürliche wie gestaltete Umwelt ist eine unentbehrliche Voraussetzung gesellschaftlich nützlicher Wirtschaftstätigkeit. Bei ihrer Schaffung und Erhaltung geht es nicht nur, wohl aber auch um zentrale Regulierungen und örtlich wirksame Beschäftigungsmaßnahmen. Zu klären wäre zudem, wie Investitionen »vor Ort« zu planen und zu finanzieren sind, und wem sie im Einzelnen zugutekommen sollen.

Erleichtert durch das mittlerweile offenkundige Scheitern des Neoliberalismus und seines Bestrebens, die öffentlichen, gemeinnützigen Sektoren im Interesse der Expansion der kapitalistischen Akkumulation zu schleifen und einzugemeinden, wird der Blick frei für die Beschaffung der für eine reiche Infrastruktur nötigen Investitionsmittel. Auf die Dauer kann der hiermit verbundenen Gefahr für Ausbau und Bestandssicherung fundamentaler Infrastrukturen nur dadurch begegnet werden, dass die Besteuerung des individuellen zugunsten des kollektiven Reichtums so weit als möglich auf nichtmobiles Vermögen und dessen gerade auch durch kollektive Investitionen verursachte Wertsteigerungen umgestellt wird.

Unter diesem Blickwinkel können die Bausteine eines Green New Deals als Grundlage und Ausgangspunkt einer erneuerten sozialistischen Programmatik dienen, die wieder an reale Produktions- und Reproduktionsprozesse anschließt, nachdem man diese so lange den neoliberalen Marktfetischisten überlassen hat. Die Konzeption einer Erneuerung im Verhältnis von öffentlicher Infrastruktur und marktwirtschaftlich gesteuerten Sektoren der

gesellschaftlichen Gesamtökonomie würde die vornehmlich redistribuitionistische Perspektive überwinden, in die die Linke sich hat hineinmanövrieren lassen, und es ihr ermöglichen, zu einer produktivistischen Orientierung zurückzukehren. Die Verengung bei einem Teil der politischen Linken auf ein Übergewicht der Verteilungslogik markiert zugleich eine grundlegende Verengung in der Konzeption gesellschaftlicher Transformation. Allerdings ist die massive Ungleichverteilung materieller und kultureller Ressourcen und damit sozialer Chancen nach wie vor eine zentrale Ursache für die Krisen des deutschen Kapitalismuspfades.

Die beschriebene Verengung geht einher mit einer erheblichen Unterschätzung der »Leistungsdimension« in einer vorwiegend auf Redistribution des erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums ausgerichteten Transformationskonzeption. Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung in den kapitalistischen Gesellschaften hat auch eine ausgeprägte Leistungskomponente, weshalb Unterschiede bei Löhnen und Gehältern ebenso akzeptiert werden wie ein Abstand zwischen Erwerbs- und Unterstützungseinkommen. Diese Leistungskomponente des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung wird von Teilen der politischen Linken oft nicht gesehen und es wird ihr zu wenig Rechnung getragen. Zudem gibt es auch unterschiedliche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Leistung. Auch deshalb ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen derjenigen, die eine sozialistische Agenda konkret ausgestalten wollen, und denen, wie die Bürger*innen diese Sozialismus-Konzeptionen heute wahrnehmen, oft auffallend groß.

Öffnung des politischen Feldes?

Soziale und ökologische Bewegungen und Proteste mobilisieren, insbesondere im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, stärker als noch zu Beginn dieses Jahrhunderts. Neoliberale Diskurse haben an Deutungsmacht verloren. Besonders sozial-integrativ eingestellte Lager der Bevölkerung sehen ihre Ansprüche an eine Politik für eine umfassende soziale Gleichstellung aller, mehr politische Partizipation und Mitentscheidung sowie eine nachhaltigere Wirtschaftsweise nicht ausreichend repräsentiert. Von einer gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung zugunsten einer alternativen rot-rot-grünen Machtoption jenseits der großen Koalition kann trotz der Debatten und Projekte zum Beispiel zur Mietpreisbegrenzung durch die Berliner Landesregierung und der ersten rot-rot-grünen Landesregierung Westdeutschlands in Bremen nicht gesprochen werden. Zu lange blieben die Gelegenheitsfenster parlamentarischer Mehrheiten im Bund, vor

allem durch den Widerstand des rechten Parteiflügels der SPD, ungenutzt. Von dem schweren Vertrauensverlust der SPD konnte die Linkspartei nicht profitieren und es bleibt offen, in welcher Weise die teils erstarkten Grünen breite Teile der mittleren modernen Arbeitnehmerlager (dauerhaft) binden können. Dort sind Positionen einflussreich, die teils sozial-, teils auch marktliberale ökologische Ordnungsvorstellungen verfolgen.

Die Wahl von Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken zu neuen Parteivorsitzenden der SPD und die politischen Öffnungen des SPD-Parteitag im Dezember 2019 sind eine Chance, den linken Parteiflügel und damit auch jene Lager wieder stärker zu repräsentieren, die eine sozial-integrative Politik erwarten. So stellte der Parteitag gegen den Widerstand aus dem Finanzministerium sowohl die Politik der schwarzen Null als auch die Schuldenbremse zur Disposition, um bedarfsgerecht in die öffentliche Infrastruktur und den Klimaschutz zu investieren. Damit beginnt die SPD einen fundamentalen ökonomischen Fehler – die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz – zu revidieren. Sie löst sich von dem marktliberalen Diskurs der schwarzen Null und der ausgeglichenen Haushalte zugunsten einer keynesianisch orientierten Vorstellung eines wohlfahrtsstaatlich investierenden Staates.

Durch die Forderung nach bedarfsgerechten Investitionen in die gesellschaftlichen Infrastrukturen, Pflege, Erziehung, öffentliche Mobilität, bezahlbaren Wohnraum usw. könnte die SPD auch Vertrauen ihrer Wählermilieus langfristig zurückgewinnen und sich von den Unionsparteien abgrenzen. Zudem stellt die Partei unter anderem durch ein Konzept für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer deutlich die Verteilungsfrage. An die Stelle des Förderns und Forderns und der Arbeit um jeden Preis tritt ein noch in der Zeit von Andrea Nahles erarbeitetes Sozialstaatskonzept, das unter anderem die Zahlung des Arbeitslosengelds im Falle von Weiterbildung bis zu drei Jahren vorsieht und längere Beitragszeiten besser anerkennt. Einem Kompromiss des Parteitages zufolge sollen die Sanktionen gegenüber Arbeitslosen orientiert am Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur noch eine Kürzung von maximal 30% vorsehen dürfen. Sowohl die Erwerbstätigenversicherung und die Überführung der Pflege- in eine Bürgerversicherung (wie bei der Krankenversicherung) als auch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wären progressive Strukturreformen der sozialen Sicherung und der Arbeitsbeziehungen.²

² Zur Bewertung der Öffnung der SPD durch den Berliner Parteitag 2019 vor dem Hintergrund der Geschichte der Flügelrepräsentation in der SPD vgl. den Beitrag von Max Reinhardt in diesem Band.

Gleichzeitig stehen die neuen Parteivorsitzenden vor der Aufgabe, beide Parteiflügel zu integrieren. Darüber hinaus könnten sie durch eine Parteireform mehr Möglichkeiten der politischen Partizipation eröffnen. Auf diese Weise könnten auf Dauer auch solidarisch-ökologische Bewegungen, Initiativen und Gewerkschaften wieder oder mehr Gehör finden. Vor allem mit ihnen sollte die SPD-Linke weiter gehende Reformvorstellungen wie z.B. demokratischeres Wirtschaften durch eine gemeinwohlorientierte Infrastrukturökonomie (Brandt/Kremer 2019)³ diskutieren.⁴ Vertrauen der Wählermilieus zurückzugewinnen, wird allerdings nur langfristig möglich sein und die Parteilinke wird die von ihr erkämpften Öffnungen programmatisch wie auch in der Regierungspraxis behaupten müssen – in den Nachverhandlungen mit der Union und deren Bewertung. Hier stehen noch entscheidende Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei bevor.

Es besteht die Gefahr, dass die große Koalition und die dort noch immer tonangebenden Logiken die linken Öffnungen blockieren und Hoffnungen wieder enttäuscht werden. Denn nach wie vor verfügen diejenigen Kräfte des rechten Flügels über maßgeblichen Einfluss, die – wenn auch unter Zugeständnissen – eine im Kern restriktive Fiskalpolitik vertreten wie auch an den eingefahrenen Machtlogiken des Politikmanagements festhalten wollen. Ihre Machtressourcen sind die große Koalition und mächtige Netzwerke. Vor allem das noch immer einflussreiche Niedersachsen-Netzwerk sieht durch weitere Revisionen der neoliberalen Agenda-Politik ihr Erbe und ihre Deutungshoheit über die Wirtschaftspolitik der SPD gefährdet.⁵

Noch ist unklar, inwieweit sich das politische Feld für eine sozial-ökologische Reformkonstellation öffnet, die die Strukturkrisen des ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Pfads in der Sozial- und Erwerbsstruktur,

³ Während die Forderung nach einer bedarfsgerechten Finanzierung der Infrastruktur bis hin zur Infragestellung der Schuldenbremse teils quer zu den Lagern Auftrieb erhalte, so konstatieren Arno Brandt und Uwe Kremer, sei die Art ihrer Finanzierung, deren Organisation, Planung und inhaltliche Zielsetzung deutlich umstrittener. So kreisten politische Debatten z.B. um die Rolle von privaten Akteuren, staatliche oder kommunale Kompetenzen oder die Bedeutung des Autos im Verkehrswesen oder von Eigentumsbildung und Mietwohnungen. Es liege nicht allein eine Investitionskrise der öffentlichen Infrastrukturen, sondern eine Krise ihrer Funktion und Verfasstheit vor, die es mit progressiven Strukturreformen zu überwinden gelte. Die Autoren heben die Ökonomie der Infrastrukturen als Kampffeld sozialer Ressourcen und als eigenständigen Sektor mit sozialistischen Potenzialen hervor.

⁴ Zur Aufgabe von SPD-Parteivorsitzenden und der Integration von Flügeln nach 1945 vgl. Reinhardt 2014.

⁵ Zum Kräftefeld der SPD vgl. Reinhardt 2019.

in der sozialen Sicherung und der Infrastruktur sowie eines nicht nachhaltigen Wachstumsmodells angehen könnte.

Die strukturelle Krise des deutschen Pfads in der Sozial- und Erwerbsstruktur

Die Heterogenität der SPD und ihre milieuübergreifende Wählerbasis war entscheidend für vergangene Erfolge bei Bundestagswahlen (vgl. hierzu den Beitrag von Max Reinhardt in diesem Band). Das erfolgreiche Ordnungsmodell der Arbeitnehmergesellschaft der 1960er und 1970er Jahre wich vom konservativen, auf sozialen Stuserhalt ausgerichteten Wohlfahrtsstaatspfad der Bundesrepublik durch eine stärkere Orientierung am sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat ab. Jene, auf eine keynesianische Nachfragepolitik gestützte Pfadverschiebung wurde jedoch in der Folge von in wirtschaftlichen Krisenzeiten aufbrechenden Konflikten zunehmend durch eine wirtschaftsliberale Politik infrage gestellt.

Dies führte bis heute zu Konflikten zwischen dem linken und rechten Parteiflügel und Faktionen um unterschiedliche gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen. Während die Parteirechte den konservativen Wohlfahrtsstaatspfad unterstützt und eher kleinbürgerliche Arbeitnehmer*innen und konservative Teile der Gewerkschaften repräsentiert, steht die Parteilinke für ein sozialdemokratisches Wohlfahrtsstaatsmodell und repräsentiert eher die moderneren Facharbeitnehmer*innen sowie die linken Teile der Gewerkschaften. Im Zuge der massiven Dominanz der Parteirechten wurde der konservative Pfad der Bundesrepublik weiter in eine neoliberale Richtung verschoben. Infolge der Repräsentationslücke gegenüber dem linken Flügel und seines Lagers hat die SPD an sozialem Profil verloren.

Schon vor seiner neoliberalen Verschiebung und der Aufkündigung des Klassenkompromisses von oben wies der konservative Pfad soziale Schief lagen auf. Einerseits sicherte er durch die korporatistische Aushandlung von Flächentarifverträgen und die den Korporatismus flankierende, sozialen Status sichernde Sozialversicherung Wohlstand für breite Teile der Beschäftigten. Andererseits benachteiligte er Frauen und in zunehmendem Maße sozial wenig privilegierte Gruppen (Vester 2015).

Die derzeitige strukturelle Krise des deutschen wohlfahrtsstaatlichen und ökonomischen Pfads lässt sich durch eine Analyse der Alltagspraxis der Beschäftigten und der zentralen Entwicklungen der Erwerbsstruktur gut nachvollziehen: Auf der Ebene der sozialen Milieus lässt sich unter anderem ein wachsendes Bedürfnis nach mehr Autonomie und Selbstbestimmung beob-

achten. Gestiegene Ansprüche an die demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz und in der Politik geraten in weiten Teilen in einen Widerspruch zu den ökonomischen Dynamiken. Die moderne Arbeitnehmermitte be- und verarbeitet diese Spannung mehrheitlich nicht mit einer individualistischen Ellenbogenstrategie. Sie erlebt wachsenden Arbeitsdruck, Unsicherheit oder autoritäre Hierarchien vielmehr auch als Beschneidung ihrer materiellen und zeitlichen Ressourcen, die sie braucht, um ihren Arbeitsalltag demokratischer und solidarischer gestalten zu können.

Auf der Ebene der Berufe und Erwerbsstrukturen nehmen Qualifikationen und Kompetenzen zu. Diese Kompetenzentwicklung äußert sich in Deutschland nicht nur in dem wachsenden Anteil der akademischen Berufe (Professionen) an den Erwerbstätigen, sondern auch in zwei wachsenden semiprofessionellen Sektoren (halbakademische Fachausbildungsberufe): den soziokulturellen Semiprofessionen (Erziehungs-, Sozialarbeits- und Therapieberufe) sowie dem unteren Management (gehobene Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Rechtsberufe) (Vester/Weber-Menges 2014a). Darüber hinaus wirken vor allem die Trends der Feminisierung, der Globalisierung (Stichwort: Outsourcing)⁶ sowie der Digitalisierung auf die Erwerbsstruktur ein.

Am Ziel der Austerität orientierte Finanz- und Haushaltspolitik sowie die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beförderten Arbeitsverdichtung und damit auch psychische Belastungen des Arbeitsalltags und schufen neue soziale Spaltungslinien, etwa durch unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung, Befristungen von Arbeitsverträgen oder Leiharbeit. Eine weitere Herausforderung (und gleichzeitig Chance) für den Anspruch auf eine humanere Arbeitsgestaltung stellt unter anderem die zeitliche und räumliche Entgrenzung der Arbeit dar. Allerdings verlaufen die Entwicklungsdynamiken weder linear noch wirken sie sich auf jeden Erwerbssektor in gleicher Weise aus. Erstens wurden die »Humandienstleistungen (Wohlfahrtsstaat) gegenüber den administrativen Dienstleistungen (staatliche und private Bürokratie) und den meisten technischen Berufen (Exportmodell)« (Vester/Weber-Menges 2014a: 6) unter anderem in der Einkommensentwicklung benachteiligt. Dieser Befund verdeutlicht (ebenso wie unterschiedliche Einkommen von Stammbesitzern und Leiharbeitsbeschäftigten trotz gleicher Qualifikation), dass sich neben den vertikalen auch horizontale Ungleichheiten und Spaltungslinien zwischen den Erwerbstätigen bilden. Zudem arbeiten Frauen nach wie vor mehrheitlich in Berufen wie z.B. der Pflege und Erziehung, die nicht entsprechend ihrer Bedeutung und Ausbildung entlohnt

⁶ Zu den Auswirkungen verschiedener Dynamiken auf die Erwerbsstruktur in Deutschland siehe u.a. Vester/Weber-Menges 2014b.

werden. Die Feminisierung des Arbeitsmarktes ist auch bei gleichem beruflichen Qualifikationsrang mit sehr unterschiedlichem Einkommen und Erwerbsstatus unter weiblichen Beschäftigten verbunden. Zudem fungiert der Sektor akademischer Freiberufe mit einem gestiegenen Anteil an Prekarität als Puffer staatlicher Sparpolitik und der Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Neben den materiellen und sozialrechtlichen Dimensionen existieren alltagskulturelle Konfliktlinien und Spannungsverhältnisse, die Ausdruck verschiedener Arbeitslogiken und Berufsmilieus sind (vgl. Vester/Teiwes-Kügler/Lange-Vester 2007). Zweitens sind die Realeinkommen der Beschäftigten nach einer langen Phase der realen Einkommensverluste in den letzten Jahren insgesamt wieder gestiegen. Die gestiegenen Einkommen sind das Ergebnis erfolgreicher gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen. Gleichwohl ging der Anteil der durch Tarife erfassten Beschäftigten zwischen 2011 und 2018 von 59% auf 55% zurück, während der Anteil der Beschäftigten, deren Arbeitgeber weder tarifgebunden sind noch sich an Tarifverträgen orientieren, von 20% auf 22% stieg. Parallel stieg darüber hinaus die Armutsquote und die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich trotz der positiven Arbeitsmarktentwicklung verfestigt. Auch der deutsche Niedriglohnsektor ist im Europavergleich immer noch groß.

Dynamiken wie Prekarisierung, Flexibilisierung, Outsourcing und Digitalisierung treffen auf den spezifischen Eigensinn der (Berufs-)milieus und auch auf den spezifischen Berufsethos der Beschäftigten.⁷ Daher werden ihre Auswirkungen unterschiedlich wahrgenommen und bearbeitet – allerdings nicht individualistisch, sondern entlang der Erfahrungen der sozialen Milieus, ihrer Traditionen und ihrer Generationenfolge. Das einheitliche Bild eines homo oeconomicus, der sich ausschließlich am Profitinteresse der Unternehmen und dem eigenen Vorteil orientiert, ist ein neoliberaler Mythos. Denn die Alltagskulturen und die Arbeitsmoral sind deutlich komplexer. Solidarische Praxis beruht auf sozialen Erfahrungen und ist abhängig von eigenen kulturellen und materiellen sowie wohlfahrtsstaatlichen Ressourcen. Sie war allerdings nie ein simples Abbild staatlicher bzw. rechtlicher Institutionen oder sozialer Lagen oder Milieuzugehörigkeiten. Vielmehr muss sie immer wieder langfristige und in teils komplexen Prozessen der Vertrau-

⁷ Ein besonders anschauliches Beispiel bot die Ende des Sommers 2019 bundesweit von Krankenhaus-Pfleger*innen durchgeführte Aktion, bei der sie sich die Hände nach Vorschritt desinfizierten und damit auf die sehr angespannte Personalsituation in vielen Krankenhäusern hinwiesen. Der Berufsethos – u.a. eine hygienische Arbeitsumgebung – tritt hier in Widerspruch zu den Einsparungen der Krankenhausleitung.

ensbildung, der Auseinandersetzung mit Arbeitsbedingungen, politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen erarbeitet und in Form von Debatten, Konflikten und Beziehungsarbeit usw. reproduziert oder geschaffen werden (siehe hierzu Reinhardt/Stache 2014).

Strukturelle Lücken der sozialen Sicherung und der Infrastruktur

Die Auswirkungen der Agenda 2010 reichen deutlich über die gravierenden sozialen Folgen hinaus, die der Abbau sozialer Leistungen unter anderem unter dem Stichwort Hartz IV, der Teilprivatisierung der gesetzlichen Altersvorsorge und der Deregulierung des Arbeitsmarktes verursachten. Mit der Sparpolitik der 2000er Jahre war auch eine Entstaatlichung verbunden. Begleitet von neoliberalen Argumentationsfiguren des Steuerwettbewerbs und vermeintlich überbordender Staatstätigkeit senkte die rot-grüne Bundesregierung die Steuern für hohe Einkommen und Kapitalgesellschaften und entzog dem Staat dadurch Ressourcen (vgl. Bofinger 2008). Die Senkung der Staatsausgaben führte zu mangelnden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen sowie zu Privatisierungen.

Die Repräsentant*innen der (industriellen) Arbeitgeber und Lobbyorganisationen wie die »Initiative neue soziale Marktwirtschaft« hatten die neoliberale Verschiebung des ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Pfades im Bündnis mit Liberalen und Konservativen sowie den damals dominanten Akteur*innen des rechten SPD-Flügels durchgesetzt. In welchem Maße die Infrastrukturen geschwächt wurden, zeigen z.B. die unzureichende Leistungsfähigkeit der Deutschen Bahn, der viel zu langsame Ausbau der Kommunikationsnetze und der Zustand der sozialen Infrastruktur (Stichworte: Pflegenotstand, fehlender bezahlbarer Wohnraum, Erzieher*innen- und Lehrer*innenmangel).

Diese Entwicklung ging besonders zulasten der Beschäftigten im Sektor der soziokulturellen interpersonellen Dienstleistungen (z.B. Pflege, Erziehung und Therapieberufe) und von Bevölkerungsteilen, die auf jene Dienstleistungen oder bezahlbaren Wohnraum etc. angewiesen sind. Durch die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen wie z.B. der Post, Energienetzen und Energieversorgern oder von Wohnungsbeständen wurde der demokratische Einfluss auf das ökonomische Feld zurückgedrängt. Gerade die eher solidarisch eingestellten Milieus sahen sich kaum noch von der SPD repräsentiert. Auch die Voraussetzungen für eine solidarische Alltagspraxis, die auch öffentliche Ressourcen braucht, wurde geschwächt (vgl. Reinhardt/Stache 2014).

Als die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Bundesrepublik erreichte, entdeckte die SPD in der damaligen Koalitionsregierung mit den Uni-

onsparteien den Staat als stabilisierenden Faktor wieder und reagierte mit Konjunkturprogrammen, aber auch mit dem sozialen Sicherungsinstrument des Kurzarbeiter*innengeldes, was in vielen Fällen Massenentlassungen in der Industrie verhinderte. Nach den Erfahrungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 und des bis dahin schlechtesten Wahlergebnisses der SPD bei einer Bundestagswahl orientierte sich die Parteiführung zum Teil hin zu einer Re-Regulierung der Arbeitsmärkte: Gute Arbeit, nicht Arbeit um jeden Preis wurde zum Leitbild und die Tarifautonomie wieder gestützt. In der großen Koalition, in der die SPD seit dem Jahr 2013 wieder mitregierte, setzte sie den Mindestlohn durch und verfolgte eine Politik, die auf Verbesserungen der sozialen Leistungen ausgerichtet war, so etwa Erleichterungen beim Renteneintritt, Verbesserungen bei Erwerbsunfähigkeit und eine längere Zahlung des Elterngeldes. Zudem investierte der Bund wieder in den sozialen Wohnungsbau und in den Ausbau von Kita-Plätzen. Gleichwohl hatten die Sparpolitik und Privatisierung die Lücken in den Infrastrukturen derart anwachsen lassen, dass sie mit den zusätzlichen Investitionen aus den Haushaltsüberschüssen kaum zu überwinden waren.

Als eine Konsequenz aus dem desaströsen Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 orientierte sich die Parteiführung mit dem Konzept »Sozialstaat 2025« auf einen alten sozialstaatlichen Grundkonsens. So sieht das Konzept eine verlängerte Zahlung des Arbeitslosengeldes I für ältere und solche Beschäftigte vor, die sich weiterbilden, und verwirft damit einen Kernbereich der Hartz-Gesetze (SPD 2019). Die Regelsätze und ein Teil der Sanktionen für Erwerbslose bleiben zwar unangetastet. Allerdings sind Ansätze für grundlegende strukturelle Reformen zu finden, wie z.B. die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ohne Zustimmung der Arbeitgeber. Während die Hartz-Gesetze mit Druck zu einem Verlust an sozialer Sicherheit und damit Autonomie führten, sucht das neue Konzept die Verluste zu kompensieren und zielt darauf ab, Solidarbeziehungen unter den aktuellen Bedingungen der Arbeitswelt wiederherzustellen (Börner 2019). Auf diesem Konzept aufbauend, beschloss der Bundesparteitag der SPD unter anderem die längere Zahlung des Arbeitslosengeldes, ein sanktionsfreies Existenzminimum des Arbeitslosengeldes II, ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung, die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, eine Kindergrundsicherung sowie den Ausbau der Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung als Vollversicherung.

Durch den Beschluss des Bundestages werden Mindestsicherungsselemente in der staatlichen Alterssicherung in Form der von der SPD vorangetriebenen Grundrente ausgeweitet (vgl. Kerschbaumer 2019). Vor allem

Geringverdienenden, die keine ausreichenden Beiträge einzahlen konnten, droht massenhaft Altersarmut. Zwar könnte die Grundrente leichte Verbesserungen für die Beziehende*innen niedriger Renten erbringen, sie wirft jedoch durch die Zugeständnisse an die Union Probleme z.B. bei der Anrechnung von Einkommen auf und ist nicht armutsfest. Zudem kann sie nicht das grundlegende Problem einer staatlichen Altersvorsorge beheben, das auf dem erodierende Normalarbeitsverhältnis basiert.

Sozial-ökologisches Wachstum, Sozialstaat und Sozialwirtschaft

In der Bewegung »Fridays für Future« und sozial-integrativen Protesten wie »#Unteilbar« oder gegen hohe Mietpreise artikulieren sich Forderungen nach einer bedarfsgerechten sozialen Sicherung und öffentlichen Infrastruktur sowie nach einem nachhaltigeren Wirtschaften. Die Möglichkeit eines nachhaltigen Wachstumsmodells ist angesichts einer immer noch weitgehend auf dem Verbrennungsmotor basierenden Automobilindustrie, eines Verkehrssektors, der keine Einsparungen von CO₂ vorweisen kann, sowie durch die unzureichende deutsche Klimapolitik nicht erreichbarer Klimaziele in der Linken hoch umstritten. Während Vertreter*innen von Degrowth- bzw. Postwachstumsperspektiven eine imperiale Lebensweise der westlichen Industrieländer bzw. des globalen Nordens grundlegend kritisieren und betonen, eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch sei nicht möglich (vgl. Brand 2016 sowie ebenfalls kritisch zur Entkopplungsthese Hofferberth 2019), halten wiederum andere eine solche Entkopplung u.a. aufgrund technologischer Entwicklungen und Produktivitätsfortschritte für realistisch (vgl. hierzu Land 2017).

In den Debatten um Wachstum und die ökologische Transformation verdient die essenzielle Rolle des Sozialstaates für die ökonomische Wertschöpfung, d.h. für soziales Wachstum, mehr Beachtung. Dieser Sektor ist nicht als ein »abgeleiteter« anzusehen, in dem angeblich die Ergebnisse der industriellen Wertschöpfung verzehrt werden (eine Auffassung, die auch in marxistischen Denkfiguren verbreitet ist). Vielmehr ist er als ein Wirtschaftsbereich mit einer eigenständigen Wertschöpfung zu betrachten, der einen originären Beitrag zum volkswirtschaftlichen Wachstum leistet. »Originär« ist der Beitrag auch in dem Sinne, dass es sich um personenbezogene Dienstleistungen handelt, deren Ökonomie einer anderen Logik folgt als die Produktion industrieller Güter. Im Unterschied zur Industrie sind die Spielräume für Produktivitätssteigerungen gerade bei personenbezogenen Dienstleistungen stark begrenzt, d.h. sie werden im Vergleich zu den industriellen Gütern

tendenziell immer teurer, jedenfalls dann, wenn man industrielle Einkommensmaßstäbe zugrunde legt. Insofern ist die Ausprägung dieses Sektors nicht voraussetzungslos – und zwar in zweierlei Hinsicht:

Erstens: Die Industrie schafft mit ihren Produktivitätsfortschritten in maßgeblicher Weise den Spielraum dafür, dass Menschen bzw. die Gesellschaft solche personenbezogenen Dienstleistungen bezahlen können, die in Form von Erwerbsarbeit zu einem gesellschaftlichen Durchschnittslohn erbracht werden. Hierbei geht es – wie gesagt – nicht um einen »Überschuss« der Industrie, sondern um die Austauschbeziehungen zwischen zwei für jede moderne Ökonomie konstitutiven Wirtschafts- und Beschäftigungssektoren.

Zweitens: Werden diese Austauschbeziehungen nicht gesellschaftlich organisiert bzw. reguliert, mündet dies unweigerlich darin, dass personenbezogene Dienstleistungen für weite Teile der Bevölkerung in schlechter Qualität und zu Niedriglöhnen erbracht werden. Mehr noch: Nur der Sozialstaat kann – insbesondere in seiner Funktion als Infrastrukturstaat – dafür sorgen, dass eine hochproduktive und exportstarke, aber in ihren Beschäftigungsanteilen zurückgehende Industrie mit einem leistungsfähigen und hinsichtlich der Beschäftigungsanteile wachsenden Sektor personenbezogener Dienstleistungen einhergeht. Das geschieht entweder, indem er diese Leistungen überwiegend in eigener Regie erbringt (wie in Skandinavien) oder indem er sie zu entsprechenden Konditionen erbringen lässt bzw. finanziert.

Vor dem Hintergrund sich ausdifferenzierender Erwerbsformen und wachsender Ansprüche an demokratische Partizipation und eine selbstbestimmtere Lebensführung sollten sich Reformen der sozialen Sicherung und eine Care Economy an den Leitbildern der Universalisierung sozialer Sicherheit, der Inklusion, solidarischer Autonomie und biografischer Selbstbestimmung orientieren. Dazu gehören etwa das Aufbrechen geschlechtsspezifischer und Frauen benachteiligender Arbeitsstrukturen, die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die sozialen Sicherungssysteme, gesetzliche Regelungen von Mindestlöhnen, die Absicherung von Weiterbildungsphasen, sozialrechtliche Reformen zur Inklusion behinderter und chronisch kranker Menschen u.a.m. Ein Solidaritätsverständnis, das das Recht auf biografische Selbstbestimmung zum Gegenstand hat, könnte hierzu maßgeblich beitragen.

Mobilisierung des linken Lagers und Rechtspopulismus

Die politische Linke darf den anstehenden Verteilungskonflikten nicht ausweichen. Denn ohne Steuermehreinnahmen aus hohen Einkommen, Vermögen, Erbschaften, aus Finanztransaktionen und bisher unzureichend be-

steuerten Konzernen sowie Kredite können weder konjunkturunabhängige Investitionen noch notwendige Steuerzuschüsse in die soziale Sicherung finanziert werden. Im Kampf gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus geht es vor allem darum, mit einer sozial-integrativen Politik das eigene linke Lager zu remobilisieren. Zweitens sollte die Linke weiterhin versuchen, die für Rechtspopulismus »etwas weniger anfälligen Fraktionen für eine gemeinsame integrativ-demokratische Politik zu gewinnen und das entschiedene rechte, autoritäre Lager durch Aufklärung über die inhumanen, antidemokratischen Positionen zu delegitimieren. Das linke solidarische Lager konnte mit dieser Politik bereits die eigenen Anhänger*innen mobilisieren. So hatte die SPD-Spitzenkandidatin und Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz bei der Landtagswahl 2017 damit Erfolg, nicht auf den restriktiven Flüchtlingskurs und Heimatdiskurs von Sigmar Gabriel einzuschwenken und sich durch eine linke Sozial- und Bildungspolitik entschieden von den Rechtspopulist*innen abzugrenzen.« (Reinhardt/Stache 2019)

Inwieweit und unter welchen Bedingungen Teile des rechtspopulistischen Wählerpotenzials auch durch eine wohlfahrtsstaatliche Politik erreicht werden könnten, wird kontrovers debattiert. Es ist wahrscheinlich, dass vor allem die Union diese Teilfraktionen wieder binden würde, letztere jedoch auch die Repräsentation ihrer autoritären Einstellungen der Ausgrenzung und Abwertung z.B. gegenüber Migrant*innen erwarten (siehe ebd.). Auch wenn die neoliberale Politik neben der Verharmlosung des Rechtspopulismus dessen Nährboden darstellt, sollte nicht unterschätzt werden, wie tief die autoritären Einstellungsmuster im Denken und Handeln verankert sind und eine breite Mehrheit der AfD-Wähler*innen aus Überzeugung abstimme (siehe ebd. sowie Bischoff 2019).

Literatur

- Bischoff, Joachim (2019): Die AfD und die Transformation des Parteiensystems, in: Sozialismus.de, Heft 12, 14-19.
- Börner, Stefanie (2019): Die SPD lässt die Fahne der Solidarität wieder wehen, in: spw Nr. 231, 19-21.
- Bofinger, Peter (2008): Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI-Mitteilungen 7, www.boeckler.de/wsimit_2008_07_bofinger.pdf.
- Brand, Ulrich (2016): Jenseits des Kapitalismus konkret? Debatten um Degrowth und Post-Extraktivismus, in: Tauss, Aaron (Hrsg.): Sozial-ökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken, Hamburg, 9-31.
- Brandt, Arno/Kremer, Uwe (2019): Infrastrukturökonomie und Vergesellschaftung – Schlüssel für einen modernen Sozialismus, in: spw 235, 21-27
- Hofferberth, Elena (2019): Die Postwachstumsökonomik und die Klimakrise; makronom.de/die-postwachstumssoekonomik-und-die-klimakrise-34228.
- IPCC (2018): 1,5 °C globale Erwärmung – Der IPCC-Sonderbericht; www.de-ipcc.

- de/256.php.
- Kerschbaumer, Judith (2019): Die Grundrente – der Zankapfel der großen Koalition, in: spw 235.
- Land, Rainer (2017): Postwachstum vs. Entwicklung – ist eine ökologische Kapitalverwertungswirtschaft möglich?, in: spw Nr. 220, 60-66.
- Lenton, Timothy M./Rockström, Johan/Gaffney, Owen/Rahmstorf, Stefan/Richardson, Katherine/Steffen, Will/Schellnhuber, Hans Joachim (2019): Climate tipping points — too risky to bet against. In: Nature 575; www.nature.com/articles/d41586-019-03595-0.
- Reinhardt, Max (2014): Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel nach 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktideologie, Dortmund.
- Reinhardt, Max (2019): SPD-Führung: Ablösung des Schröder-Netzwerks?, In: Freitag Community 15.12.; www.freitag.de/autoren/mreinhardt/spd-fuehrung-abloesung-des-schroeder-netzwerks.
- Reinhardt, Max/Stache, Stefan (2014): Solidarität als Lernprozess. Voraussetzungen und Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft, in: Reinhardt, Max/Stache, Stefan/Meise, Stephan: Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine Politik jenseits der Neuen Mitte, Münster, 55-80.
- Reinhardt, Max/Stache, Stefan (2019): Das rechte Lager und die Kosmopolit*innen; Freitag-Community vom 1.12.; www.freitag.de/autoren/mreinhardt/das-rechte-lager-und-die-kosmopolit-innen.
- Ripple, William J./Wolf, Christopher/Newsome, Thomas M./Barnard, Phoebe/Moomaw, William R. (2019): World Scientists' Warning of a Climate Emergency, in: BioScience, Volume 70; academic.oup.com/bioscience/article/70/1/8/5610806.
- SPD (2019): Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit; www.spd.de/fileadmin/Bilder/SPDerneuern/201902_PV-Klausur/20190210_Neuer_Sozialstaat.pdf.
- Stache, Stefan/Reinhardt, Max (2019): Kurzum, in: spw 235.
- Vester, Michael (2015): Der deutsche Pfad: Schieflagen eines Erfolgsmodells. In: Graf, Angela/ Möller, Christina (Hrsg.): Bildung – Macht – Eliten. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit, Frankfurt a.M./New York, 231-265.
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Michael/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg.
- Vester, Michael/Weber-Menges, Sonja (2014a): Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung. Zur Entwicklung der Erwerbsstruktur und insbesondere der Prekarität auf der Datengrundlage des Mikrozensus 1991-2011, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung; www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_BeruflicheArbeitsteilung.pdf.
- Vester, Michael/Weber-Menges, Sonja (2014b): Bericht zu dem von der Hans Böckler Stiftung geförderten Kurzprojekt Explorative Entwicklung und Erprobung eines Untersuchungsinstruments für integrierte und differenzierte Langfrist-Analysen der beruflichen Arbeitsteilung und der Prekarisierung der Erwerbsstruktur in der BRD 1991 - 2009 mit den Daten des Mikrozensus; www.boeckler.de/pdf_fof/91490.pdf (abgerufen am 24.10.2017).
- Wolf, Martin (2019): Why rentier capitalism is damaging liberal democracy. Economies are not delivering for most citizens because of weak competition, feeble productivity growth and tax loopholes, in: Financial Times vom 18.9.